



PRESSEMITTEILUNG

Kampf gegen Antisemitismus sowie Förderung jüdischen Lebens werden Staatsziel – Wichtiger Schritt in Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Politik gegen Judenhass.

Mit einer Ergänzung von Artikel 7 a der Landesverfassung hat der Brandenburgische Landtag heute den Kampf gegen Antisemitismus und die Förderung jüdischen Lebens zum Staatsziel erklärt.

Die Geschäftsführerin der F.C. Flick Stiftung, Susanne Krause-Hinrichs, erklärte hierzu: *„Ich bin sehr dankbar, dass die Brandenburger Landesregierung und vor allem das Parlament unsere Initiative aufgegriffen haben. Wie schwierig es ist, Antisemitismus zu erkennen und mit seinen verschiedenen Formen umzugehen, zeigt nicht zuletzt der aktuelle Skandal auf der Documenta in Kassel. Die Brandenburger Verfassung ist ein modernes Instrument und wird mit der vorgenommenen Ergänzung ein noch wirksamerer rechtlicher Anker sein, um Aufklärung zu betreiben und antijüdischer Hetze aktiv vorzubeugen.“*

Auch Miriam Rürup, Direktorin des MMZ, begrüßt die Novellierung. *„Es ist ein wichtiger Schritt, dass mit der Erweiterung der Landesverfassung nun weitere Formen der Diskriminierung benannt werden. Das Moses Mendelssohn Zentrum sieht sich hier als zentraler Partner – denn um Bekenntnisse wie diese mit Inhalt zu füllen, bedarf es der Aufklärung auf Grundlage von Forschungen, wie sie an unserem vom Land Brandenburg seit nun 30 Jahren geförderten Zentrum stattfinden“*

Im Jahr 2018 warnten das Moses Mendelssohn Zentrum und die F.C. Flick Stiftung nach einer gemeinsamen Tagung mit Vertreter*innen der jüdischen Gemeinden und Akteuren der Bildungs- und Forschungslandschaft vor einem möglichen Anstieg antisemitischer Einstellungen und Straftaten in Ostdeutschland. Seither haben sich judenfeindliche Einstellungen verfestigt, sie werden zunehmend offen gezeigt und können sogar brutale Straftaten mit tödlichen Folgen nach sich ziehen, wie beim Anschlag auf die Synagoge in Halle im Oktober 2019. Die Initiative zur Verfassungsergänzung geht auf ein Symposium zurück, welches im Sommer 2020 von der Stiftung und dem Moses Mendelssohn Zentrum an der Universität Potsdam mit Unterstützung des Brandenburger Wissenschaftsministeriums durchgeführt wurde. An dieser Fachtagung diskutierten Expert*innen verschiedener Disziplinen die Möglichkeiten und die Wirkungen einer solchen Verfassungsänderung. Die Ergebnisse flossen direkt in die politischen Vorbereitungs- und Entscheidungsprozesse ein. Die Bekämpfung von Antisemitismus und die Förderung jüdischen Lebens in Brandenburg wurde nun als Staatsziel mit 59 Ja-Stimmen beschlossen.

Kontakt

F.C. Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz

Schlossstr. 12, 14467 Potsdam

0331 200 777 0 | info@stiftung-toleranz.de